

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Helga Krismer-Huber an Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll
gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend **Danube Private University (DPU) und die Rolle des Landes Niederösterreichs**

Begründung:

Mit GZ 32.500/0019-I/12/2009 wurde der Entscheidung des Akkreditierungsrates die Genehmigung für die „DPU – Danube Private University“ erteilt. Und zwar just von jenem Bundesminister, der das Projekt MedAustron in Niederösterreich fast ins Schleudern gebracht hätte: Bundesminister Hahn.

Angeblich hat das Land aufgrund der gemeinsamen (Anmerkung: mit DPU) Konzeption zur Akkreditierung der DPU mit der in einem Letter of Intent festgestellten Kooperation die Bemühungen zur Akkreditierung unterstützt. Vorausgesetzt, dass der Herr Landeshauptmann jemals einen solchen Letter of Intent unterfertigte. Jedenfalls darf davon ausgegangen werden, dass Herr Bundesminister Hahn keine Entscheidungen mehr in Niederösterreich trifft, ohne mit Herrn Landeshauptmann Rücksprache gehalten zu haben. Und da Entwürfe des Letter of Intents in der Fußzeile „NÖ Bildungsgesellschaft m.b.H. für Fachhochschule- und Universitätswesen“ aufweisen, hatten offensichtlich viele Einzelpersonen im Land Niederösterreich Interesse an einer DPU. Fakt ist, dass die Lehrgänge bereits jetzt im Herbst begonnen haben, ohne dass es parlamentarische Beschlüsse dazu gibt.

Wie aus einer Anfragenbeantwortung (2647/AB zu 2780/J) von BM Hahn hervorgeht, wurde der Finanzplan der DPU von einem renommierten Wirtschaftsunternehmen erstellt und vom österreichischen Akkreditierungsrat im Akkreditierungsverfahren auf seine Nachvollziehbarkeit geprüft. Einmal entschied der Akkreditierungsrat negativ (5.9.2008) und einige Monate später positiv (26.5.2009).

Für diesen Finanzplan von ASTORIA ist die Unterstützung des Landes NÖ das Fundament schlechthin. Da es im Land NÖ aber offensichtlich keine Beschlüsse gibt, hat der Akkreditierungsrat unter falschen Annahmen die genehmigende Entscheidung gefällt. Viele Personen aus dem medizinischen Bereich in Niederösterreich appellieren an Herrn Landeshauptmann, die Reißleine zu ziehen und hohe Beamte mit Eigeninteressen an ihre Dienstpflicht zu erinnern.

Wie viele ZahnärztInnen, ZahntechnikerInnen und BürgerInnen kann auch die Gefertigte nicht nachvollziehen, welche wissenschaftlichen, bildungspolitischen und gesundheitspolitischen Interessen das Angebot des Diplomstudiums für Zahnmedizin durch die DPU für Niederösterreich bringen soll. Auch die gesetzliche Interessensvertretung der ZahnärztInnen beharrt darauf, nichts von diesem Projekt gewusst zu haben und lehnt es strikt ab. Jedenfalls handelt es sich um ein Studium, das hervorragend von den öffentlichen Universitäten in Österreich angeboten wird.

Die Kosten-Nutzen-Bilanz für das Land Niederösterreich fällt negativ aus: Hohe Errichtungs- und Erhaltungskosten der Substanz, Verzicht auf Mieteinnahmen, existentieller Druck im niedergelassenen Bereich bei ZahnärztInnen und – technikerInnen in der Region Krems, Tulln, Horn, Klosterneuburg, St. Pölten, Wiener Neustadt, Ybbs-Wieselburg durch kostenlose Behandlung an der DPU.

Gelder für Wissenschaft und Forschung einer privaten Universität für ein Grundstudium nachzuwerfen, das in Österreich hervorragend an den Universitäten absolviert werden kann, darf sich Niederösterreich auf dem Weg zur Spitze nicht leisten! Immerhin wurde dieses universitäre Zahnprojekt im Burgenland trotz starkem Lobbying nicht umgesetzt.

Auch bei der Herkunft der möglichen Studierenden sind sich BM Hahn (siehe 2647/AB) und ASTORIA im Finanzplan nicht einig: Jedenfalls sollen die Studenten nicht nur aus Österreich kommen, sondern auch aus Deutschland, Indien, Russland und den arabischen Ländern. ASTORIA führt noch Norwegen, Finnland und Italien an, während BM Hahn auch China als Zielmarkt definiert. Einig sind sie sich wieder, dass es bei Vollausbau ca. 300 bis 350 Studierende sein sollen, denen das Studium mindestens 140.000 Euro kostet.

Die Gefertigte stellt daher an Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll folgende

Anfrage:

1. Haben Sie jemals einen Letter of Intent mit den VertreterInnen der DPU unterfertigt?
2. Welche Beschlüsse seitens der Landesregierung bzw. Verträge, Vereinbarungen bzw. mündliche Zusagen seitens der Verwaltung und von Regierungsmitgliedern geben der DPU das Recht, von einer Kooperation mit dem Land Niederösterreich zu sprechen?
3. Welche Verträge, Vereinbarungen u.a. Letter of Intent tragen die Unterschrift von LH Erwin Pröll?
4. Gehe ich recht in der Annahme, dass der Akkreditierungsrat die Entscheidung auf Basis des Finanz- und Wirtschaftsplans von ASTORIA gefällt hat, welcher wiederum die Unterstützung des Landes Niederösterreichs voraussetzt?
5. Gehe ich recht in der Annahme, dass unter der Annahme es gibt keine schriftliche Vereinbarung seitens des Landes NÖ mit der DPU wie einem Letter of Intent oder ähnlichem, dennoch eine Person bzw. Personengruppe dem Akkreditierungsrat Zustimmung seitens des Landes NÖ signalisierte?
6. Welche Personen aus Politik und Verwaltung forcierten Ihres Wissens das Projekt DPU – Zahnmedizin?
7. Stimmt es, dass sich im Falle der Akkreditierung das Land dafür verwenden muss, dass der DPU insgesamt mindestens 3.000 m² Nutzfläche an Räumlichkeiten - beginnend drei Monate nach der Akkreditierung mit 1.500 m² bis 1.800 m² Nutzfläche – mit der entsprechenden technischen Voraussetzung (technische Anschlüsse) für die Seminarräume, Praktika, Büros überlassen werden?
8. Stimmt es, dass 1.200 m² Nutzfläche für eine Zahnklinik mit allen notwendigen Ausstattungen (40 Phantomplätze, 30 Zahntechnikplätze, 40 Behandlungseinheiten, Röntgeneinrichtungen, Laboreinrichtungen, 2 oralchirurgische OP-Räume mit Video-Überwachungsmöglichkeit) der DPU zur Verfügung gestellt werden sollen?
9. Stimmt es, dass bereits in der Übergangsphase, bis zur Inbetriebnahme der DPU, ein geeignetes Objekt unter Einbindung der Stadt Krems und der Donau-Universität Krems zur Verfügung gestellt wurde?
10. Ist es richtig, dass die Landeskrankenanstalten für Famulaturen und Praktika kooperieren?
11. Warum schreiben mir ZahnmedizinerInnen, dass sie nicht glauben können, dass LH Erwin Pröll bzw. das Land Niederösterreich einen solchen „Schwachsinn“ mit öffentlichen Geldern unterstützen?
12. Kann ich den besorgten MitbürgerInnen mitteilen, dass sich ein Fehler in der Kommunikation eingeschlichen hat oder dass hohe Beamte auf eigene Faust agiert haben und jetzt zur Rechenschaft gezogen werden, oder dass BM Hahn die Entscheidung des Akkreditierungsrates nicht ordentlich geprüft und mit Ihnen nicht Rücksprache gehalten hat, so wie er es bei MedAustron versuchte?
13. Wenn es sich das Projekt DPU um kein „Missverständnis“ handelt, sollten die BürgerInnen rasch erfahren, wie hoch die Kosten sind und wann und wo die erforderlichen Beschlüsse in Niederösterreich gefasst werden?

LAbg. Dr. Helga Krismer-Huber